Deutscher Bundestag **Drucksache 16/5246**
16. Wahlperiode 09. 05. 2007

Antrag

der Abgeordneten Cornelia Hirsch, Dr. Petra Sitte, Volker Schneider (Saarbrücken), Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE.

Für einen sozialen Europäischen Hochschulraum

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die soziale Dimension des Bologna-Prozesses ist bisher nicht mit konkreten Forderungen und Verpflichtungen untersetzt. Trotz anders lautender Willensbekundungen in den Kommuniqués der letzten Jahre trägt der Bologna-Prozess deshalb nicht dazu bei, soziale Unterschiede abzubauen und den Zugang an die Hochschulen zu öffnen. Vielmehr verschärfen sich im Zuge des Prozesses die bestehenden sozialen Unterschiede an den Hochschulen.
2. Obwohl so gut wie alle am Bologna-Prozess beteiligte Staaten – auch die Bundesrepublik Deutschland – den Internationalen Pakt über soziale, kulturelle und wirtschaftliche Rechte („UN-Sozialpakt") ratifiziert haben, werden wesentliche Verpflichtungen des Paktes von ihnen bisher nicht umgesetzt. Dazu gehört unter anderem die Verpflichtung, dass „der Hochschulunterricht auf jede geeignete Weise, insbesondere durch allmähliche Einführung der Unentgeltlichkeit, jedermann gleichermaßen entsprechend seinen Fähigkeiten zugänglich gemacht werden muss" (Artikel 13 Abs. 2 Buchstabe c).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich bei der Bologna-Folgekonferenz in London dafür einzusetzen, dass die Umsetzung der Verpflichtungen des UN-Sozialpaktes – insbesondere die Einführung bzw. Sicherstellung eines gebührenfreien Hochschulzugangs – zur Voraussetzung für die weitere Beteiligung eines Landes am Bologna-Prozess wird,
2. in Zusammenarbeit mit den Ländern sicherzustellen, dass die Bundesrepublik Deutschland diese Verpflichtung uneingeschränkt erfüllt.

Berlin, den 8. Mai 2007

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

Die Ziele und Umsetzungsstrategien des Bologna-Prozesses orientieren sich zunehmend an der Lissabon-Strategie der Europäischen Union. Forderungen der EU-Kommission nach weiteren Privatisierungen von Hochschulen durch die Etablierung von Public-Private-Partnerships oder Empfehlungen zur Einführung von Studiengebühren machen deutlich, dass diese Strategie mit einer sozialen Entwicklung des europäischen Hochschulraums nicht vereinbar ist.

Der Bologna-Prozess braucht nicht nur die in den Kommuniqués vielfach zitierte soziale Dimension, vielmehr müssen soziale Erfordernisse zur zentralen Grundlage des Prozesses werden. Um dieses wirkungsvoll in allen beteiligten Ländern umzusetzen, sollte die uneingeschränkte Umsetzung des von fast allen Bologna-Signatarstaaten ratifizierten UN-Sozialpaktes Voraussetzung für die Teilnahme am Bologna-Prozess werden. Damit wäre insbesondere die Sicherstellung eines gebührenfreien Hochschulzugangs verbunden. Die Bundesregierung sollte dabei mit gutem Beispiel vorangehen. Sie muss sicherstellen, dass die Bestimmungen des UN-Sozialpaktes in der Bundesrepublik Deutschland nicht weiter missachtet werden.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333